249a XXXV. Jahrgang

Parlaments-Ausgabe

Berlin, 18. Mai 1906

Berliner Tageblatt

Deutscher Reichstag.

105. Sitzung vom 17. Mai, 1 Uhr.

Am Bundesratstische Freiherr v. Stengel.

Erster Punkt der Tagesordnung ist die dritte Lesung der Novelle zum Börsensteuergesetz (Besteuerung nicht ausgegebener Aktien, Steuerfreiheit der Staatspapiere, Erleichterung der Kontrolle).

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.):

In einer Zeit, in der wir so dringend Geld brauchen, wie es die Postresolution, die wohl nicht ihresgleichen hat in der parlamentarischen Geschichte (Zuruf links: Allerdings sehr richtig!), beweist, können wir unmöglich in die Beseitigung des Börsenstempels für Staatspapiere willigen, zumal da diese Maßregel auf ihren Kurs ganz ohne Einfluß bleiben wird. (Beifall rechts.)

Abg. Graf **Kanitz** (kons.)

äußert sich im selben Sinne wie der Vorredner und fragt an, wie hoch sich wohl der Einnahmeausfall belaufen würde. Ist dieser bedeutend, so ist das Gesetz für mich unannehmbar.

Direktor im Reichsschatzamt **Kühn**

erklärt, daß eine sichere Berechnung der Höhe der Stempeleinnahmen aus den Reichs- und Staatspapieren nicht vorliege, sondern daß man dabei auf Schätzungen angewiesen sei. Schätzungsweise beträgt der zu erwartende Einnahmeausfall etwa 1 bis 2 Millionen Mark. (Spät. hört! rechts.)

Hiermit schließt die Debatte. Der Gesetzentwurf wird in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Freisinnigen und einiger Stimmen der Rechten angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Beratung der zur Reichsfinanzreform eingebrachten Resolutionen, und zwar zunächst der Resolution (Herausfetzung des Ortsportos) mit der Resolution Dr. Arendt (Rp., dreipfennigbaftkarte im Ortsverkehr).

Abg. **Patzig** (natl.):

Es ist leider eine Tatsache, daß sich einzelne Zweige der Postverwaltung nicht rentieren. Sofange aber in einem Zweig der Reichsbetriebe ein solches Mißverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung besteht, konnte uns, als wir die Fahrkartensteuer annahmen, von den Vertretern der Einzelstaaten der Vorwurf gemacht werden, daß wir eigentlich kein Recht haben, die einzelstaatlichen Betriebe zu besteuern. Die Sorglosigkeit, mit der von der linken Seite des Hauses der Postetat selbst gestaltet wird, muß ebenfalls uns die Frage nahe legen, wie wir die Posteinnahmen erhöhen können. Ich erinnere an die zahlreichen Resolutionen auf Erhöhung der Gehälter der Postbeamten (Zuruf links: Die verschiedenen Resolutionen Patzig! Heiterkeit.) Mit einem Sinken der Rente der Post muß man rechnen. Da muß man sich doch fragen, wie höhere Einnahmen geschaffen werden können. Es ist doch ein Mißstand, wenn ein so großer Betrieb sich nicht rentiert. Würde eine große Gesellschaft nicht sofort diejenigen Zweige ihres Unternehmens rentabler gestalten, die sich ausbauen lassen? Soll die Reichspostverwaltung nicht ebenso verfahren? Es handelt sich bei der Resolution ja gar nicht um eine allgemeine Verteuerung, sondern um regionelle und lokale Verhältnisse, die getroffen werden sollen. Man kann doch nicht verlangen, daß die Leute in der Provinz entsprechend mehr auf den Kopf der Bevölkerung zahlen den Großstädtern zuliebe. (Redner sucht dies zahlenmäßig nachzuweisen.) Dem Antrag Arendt können wir nicht zustimmen, weil er uns auf bestimmte Sätze festlegt. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Unterstaatssekretär im Reichspostamt **Sydow**:

Wenn ich der zur Beratung stehenden Resolution gegenüber etwas weiter aus der Reserve herausgehe, als sie sich sonst die verbündeten Regierungen Resolutionen gegenüber aufzuerlegen pflegen, so liegt der Grund in den Angriffen, die gestern gegenüber der Stellungnahme des Herrn Staatssekretärs des Reichspostamtes in der Steuerkommission laut geworden sind. Der Herr Staatssekretär ist zu seinem Bedauern durch die Teilnahme an dem Weltpostkongreß in Rom, von dem er erst heute abend heimkehren kann, verhindert, sein Ressort hier selbst zu vertreten.

Zunächst ein paar Bemerkungen über allgemein tarifpolitische und wirtschaftliche Fragen. Ich befinde mich insofern in einer eigentümlichen Lage, als ich einen Teil der Gründe, die Herr Graf Kanitz geltend gemacht hat, nicht unwidersprochen lassen kann, während ich andererseits einigen Gründen, die gestern von den Gegnern der Resolution vorgebracht wurden, zustimme, ohne doch ihre Folgerungen daraus zu ziehen.

Herr Graf Kanitz hat gestern die Behauptung wiederholt, daß die Reichspostverwaltung mit Zuschuß arbeitet. Ich kann mich darauf beschränken, hier öffentlich die Erklärung zu wiederholen, die der Herr Staatssekretär in der Kommission abgegeben hat. Wir sind überzeugt davon, daß die Berechnungen des Herrn Grafen Kanitz nicht richtig sind. Selbst wenn sie Berichtigungen, die nach Meinung der preußischen Eisenbahnverwaltung von der Post gezahlt werden müßten, für die zum Teil unentgeltliche Beförderung von Postsachen in Betracht ziehen, so stehen diesen gegenüber unentgeltliche Leistungen der Post auf sozialpolitischem Gebiete und für reie Brief- und Telegrammbeförderungen. Im ganzen ergibt sich jedenfalls noch eine Verzinsung der Kapitalien der Post von annähernd 10 Prozent. Die schwierigste Frage ist die, ob der Zweig der Postbeförderung, um den es sich hier handelt, der Ortsverkehr, an sich mit Defizit arbeitet oder nicht. Es ist sehr schwer, aus einem großen Betriebe einen einzelnen Betriebszweig, der im Zusammenhang mit dem übrigen Betriebe wahrgenommen wird, wirtschaftlich herauszuschälen. Nach der Ueberzeugung betriebserfahrener Männer, zu denen die Herren gehören, ist auch den Herrn Staatssekretär rechnen werden, ist gewiß auch den Herrn Staatssekretär rechnen werden, ist allerdings anzunehmen, daß der Ortsverkehr die Kosten nicht deckt. Doch will ich meine weiteren Ausführungen nicht auf diese Tatsache stützen. Anzunehmen ist, daß in einer Monopolverwaltung einzelne Zweige mit Verlust arbeiten müssen, wenn andere Zweige gedeihen sollen. Die Tariffrage ist nicht bloß eine finanzielle, sondern zugleich auch eine wirtschaftliche Frage. So kann es notwendig sein, in verkehrsschwachen Gegenden Einrichtungen zu treffen, um den Verkehr zu heben, ohne Rücksicht darauf, ob sich für die Verwaltung ein Gewinn daraus ergibt. Wenn ich soweit auch mit den Ausführungen, die gestern von den Herren auf der Linken gemacht worden sind, einverstanden sein kann, so kann ich an die wundertätige Kraft der Tarifherabsetzungen nicht glauben. Die Entscheidung der Frage, ob eine Tarifherabsetzung zur einer Erhöhung der Einnahmen führt, hängt doch ganz davon ab, wieweit der betreffende Verkehrszweig vorher einen Ertrag brachte. Wenn ein Verkehrszweig hohe Einnahmen ergibt, so wird eine Tarifermäßigung sehr bald einen Ausgleich herbeiführen, dagegen wird man bei einem Verkehrszweig mit schwachem Verkehr lange warten müssen, ehe der durch eine Tarifermäßigung entstehende Ausfall gedeckt wird. Ich glaube, daß die wirtschaftlichen und finanziellen Vorteile der Einführung der billigen Ortsgebühr überschätzt werden. Der Abg. Merten hat gestern die Jahlen für Berlin nicht ganz richtig beurteilt. Zu den Einnahmen in Berlin gehören auch die der Zentralstelle oder die Einnahmen aus dem Auslandsverkehr. Wenn wir diese Einnahmen von den Gesamteinnahmen abziehen, so verbleiben 69 Millionen Mark, von denen 48 Millionen auf den Fernverkehr entfallen; der Rest von 26 Millionen kommt auf den Ortsverkehr. Wenn man vergleicht, was vor 1900 und nach 1900 von den für die Postverwaltung gemachten Aufwendungen auf Anleihemittel übernommen ist, so ergibt sich daraus, daß die Bilanz der Reichspost sich nach 1900 gegenüber den vorhergehenden Jahren nicht verbessert hat. (Hört, hört! rechts.) Zum Teil ist ja das eine Folge der höheren Arbeitslöhne usw. Wir haben den Eindruck, daß nach 1900 ein erheblicher unlohnender Verkehr hinzugekommen ist. Auch darin kann ich den Abgg. Singer und Merten nicht zustimmen, daß jede Verteuerung des Verkehrs kulturfeindlich ist. Eine Erhöhung des Verkehrs kann unter Umständen gerechtfertigt sein, weil man die Last unter Umständen anders verteilt und kräftigere Schultern stärker heranzieht, um schwächere Schultern zu entlasten. Ich mische mich nicht in den Streit zwischen Stadt und Land. Die Reichspostverwaltung läßt sich in ihrer Haltung zu der Frage der Erhöhung des Ortstarifs weder von der Vorliebe für das flache Land noch von einer Abneigung gegen die Städte leiten. Das eine muß ich allerdings sagen: eine Erhöhung der Ortsgebühren würde besonders die großen Städte belasten. Dafür haben diese großen Städte aber doch auch sieben Jahre lang von den niedrigen Gebühren den Vorteil gehabt; also was auf der einen Seite eine Belastung, ist auf der anderen eine Entlastung. Das gleicht sich aus. (Lachen links.) Es wird dem Staatssekretär schwer, einer Mehrheit einer Reichsbehörde, ich bitte auch das freundlichst zu hören. (Lachen links.) Er muß auch für die Reichsfinanzen Interesse haben. Der Staatssekretär hat durchaus nicht allen Kommissionsanregungen zugestimmt, sondern nur einigen. Was die außerordentlichen Zeitungsbeilagen anlangt, so liegt kein Grund vor, für sie dieselbe Vergünstigung weiter gelten zu lassen, wie sie für die politischen Zeitungen ihres Kulturwertes halber gilt. Die Ausführungen des Abg. Merten, daß die Beilagen zu Bestellungen veranlaßten, also der Post zugute kämen, erinnerten mich an die Schneeballkollekte; in Wirklichkeit wandern die meisten Beilagen angelesen in den Papierkorb, andere führen zu unnützlichen Bestellungen, und wenn es wirklich zu lokalischen Bestellungen kommt, so wird meist einfach der einen Firma das entzogen, was der anderen zugute kommt. — Was nun die Frage der Abschaffung der Privatposten anlangt, so kann man den Reichspostdienst doch nicht mit dem Dienste der Privatposten vergleichen. Ein Briefsteller in Berlin kommt uns auf 1415 Mark zu stehen, und als die Privatposten abgeschafft wurden, mußten 1200 Briefsteller neu eingestellt werden. Bedenken Sie ferner, daß die Briefbestellung neunmal täglich erfolgt! In Paris, Brüssel, Wien usw. besteht auch kein Ortsunabhängeporto. Daß man uns den Vorwurf machen würde, wir erstickten die Hennen mit den goldenen Eiern, hatte ich erwartet. Als der Vorwurf kam, dachte ich bei mir: Na, da ist sie ja endlich! — Die Henne wird weiter Futter suchen und goldene Eier legen, denn die sparsame Hausfrau, die etwa jetzt weniger Postkarten schreibt, um die Post zu ärgern, wird bald einsehen, daß sie sich dabei selbst schädigt. Wir hoffen sogar, daß die Henne infolge rationeller Fütterung größere Eier legen wird. Ich erkenne es gern an, daß der Abg. Singer seine Vorwürfe nicht in erster Linie gegen den Staatssekretär, sondern gegen die Reichstagsmehrheit gerichtet hat. Ich betrachte es nicht als Aufgabe eines Mitgliedes des Bundesrates, die Reichstagsmehrheit zu belehren. Der Abg. Singer hat gestern einen konservativen Zug bekunden. Denn gewöhnlich wird den Staatssekretären der Vorwurf gemacht, sie wären nicht besser als ihre Vorgänger, und sie setzen sich in Widerspruch mit der Mehrheit des Reichstages. In diesem Falle setzt sich nun der Staatssekretär in Widerspruch mit seinem Vorgänger, und er handelt im Sinne der Reichstagsmehrheit, und nun ist's doch wieder nicht recht. (Stürmische Heiterkeit rechts.) Ferner hat der Staatssekretär v. Podbielski die ihm zugeschriebene Aeußerung allerdings gemacht, aber er hat sie in der Bekämpfung eines Antrages gemacht, nach dem das billige Porto gesetzlich gebunden werden sollte. (Hört, hört! links.)

Seit 1899 ist der Mehrtou des chronischen Defizits auf diese Blüten gefallen. (Heiterkeit.) Der Abg. Singer warf uns Plusmacherei vor. Friedrich Wilhelm I. verlangte von seinen Beamten, daß sie immer Plus machen sollten. Damit hat er erreicht, daß leere Kassen gefüllt wurden. (Heiterkeit.) Wie man hier ein Manko decken soll, ohne ein Plus zu machen — ich glaube, das ist schwer zu sagen. (Heiterkeit rechts.) Der Abg. Singer lobt ja nicht sehr leicht, er hat uns aber doch im ganzen die Note „ziemlich befriedigend" gegeben. (Heiterkeit.) Wir haben in der Tat eine Einnahmesteigerung von 2 Prozent erzielt. Herr Singer zitierte den Geist meines hochverehrten Chefs, des Generalpostmeisters Stephan. Ich freue mich immer, wenn ich das Lob dieses bedeutenden Mannes höre. Aber ich habe bei dieser Gelegenheit gedacht, der Abg. Singer hätte besser getan, ihn nicht zu erwähnen, denn niemand ist ein schärferer Gegner der Preisermäßigung für den Ortsverkehr gewesen als der Generalpostmeister Stephan (Heiterkeit rechts); er fürchtete die finanziellen Wirkungen, und ich kann nur sagen, er war ein sehr weit blickender Mann. (Heiterkeit rechts.) Wir werden, soweit es wirtschaftlich geraten ist, und die finanzielle Lage es gestattet, weiter arbeiten, um Verbilligungen und Verkehrserleichterungen zu schaffen. Ueber die Angriffe, die gegen uns gerichtet sind, werden wir uns aber hinwegsetzen mit dem Bewußtsein, mit der Mehrheit des Reichstages gearbeitet zu haben zum Besten des Reiches. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.):

Wir sind bisher zu sehr und zu stark mit Portoherabsetzungen vorgegangen; das geht klar aus den Ausführungen des Herrn Vorredners hervor. Für mich ist die Hauptsache die finanzielle Wirkung. Wenn nicht die Notlage des Reiches eine Erhöhung der Einnahmen notwendig machte, würde wohl niemand daran denken, die Postreform von 1900 wieder rückgängig zu machen. Es muß auch zugegeben werden, daß es sich nicht etwa damals bloß um ein Abkommen zwischen der Reichspostverwaltung und den Privatposten handelte, sondern die Zustimmung des Reichstages zur Ablösung der Privatposten erfolgte zweifellos mit Rücksicht auf die zugesandene Portoherabsetzung. Zu Ausfällen hat auch diese Herabsetzung nicht geführt. Wie dagegen eine Heraufsetzung der Tarife wirken wird, wissen wir nicht, da eine solche Heraufsetzung in Deutschland noch niemals erfolgt ist. Die Erhöhung des Postkartenportos von 2 auf 5 Pfennig geht zweifellos zu weit, da der Postkartenverkehr seit der Tarifherabsetzung einen kolossalen Aufschwung genommen hat. (Sehr richtig! links.) Bei einer so starken Portoerhöhung wird zweifellos der Verkehr von Postsendungen durch eigene Boten zum Schaden der Post einen sehr großen Umfang annehmen. Ich bin der Ueberzeugung, eine kleine Tarifheraufsetzung wird ertragen und vermehrt die Einnahmen, eine große Tarifheraufsetzung aber wird einschnürend auf den Verkehr wirken. (Sehr richtig! links.) Daher habe ich beantragt, das Postkartenporto nur auf 3 Pfennig zu erhöhen. — Der Heraufsetzung der Gebühren für außerordentliche Zeitungsbeilagen stimme ich zu.

Reichsschatzsekretär Freiherr **v. Stengel**:

Ich muß über die finanzielle Seite des Antrages Arendt ein paar Worte machen. Bei aller Anerkennung der Tätigkeit der Kommission muß ich doch bemerken, daß von den 200 Millionen Mark, auf die sich das Deckungsbedürfnis der Reichsfinanzen beläuft, durch die nach langen Beratungen glücklich angenommenen Steuergesetze nur 180 Millionen gedeckt sind. Dabei ist schon mitgerechnet, daß die Resolution der Kommission bezüglich der Heraufsetzung der Ortsgebühren durchgeführt ist, und zwar unter Einrechnung der Wiederbringung dieser Maßregel auf den Verkehr. Durch Annahme des Antrages Dr. Arendt würden aber 6 Millionen weniger erzielt werden. Damit erhöht sich das Defizit, der Betrag, der aus den ungedeckten Matrikularbeiträgen bestritten werden würde, von 20 Millionen auf 26 Millionen. Dies mögen Sie sich bei der Beschlußfassung über den Antrag Arendt recht gegenwärtig halten! Während ich dem Abg. Grafen Kanitz gestern entgegentreten mußte, weil er einen Antrag Arendt befürwortet hat, kann ich ihm heute meinen verbindlichsten Dank aussprechen, daß er einen Antrag des Abg. Arendt bekämpft hat. Ich bitte Sie, den Kommissionsbeschlüssen beizutreten.

Unterstaatssekretär **Sydow**

erwidert dem Abg. Dr. Arendt, daß bis 1900 im Ortsverkehr für Briefe und Postkarten derselbe Portosatz gegolten habe. Abwehrmaßregeln der großen Geschäfte fürchte die Postverwaltung nicht.

Abg. **Dove** (fr. Vg.):

Meine politischen Freunde werden sowohl gegen den Kommissionsbeschluß als auch gegen den Antrag Arendt stimmen, denn beide bewegen sich in einer Richtung, die wir nicht billigen. Es herrscht wohl allgemein das Gefühl, daß man mit dieser Resolution, mit der Fahrkartensteuer etwas zu weit gegangen ist. Nur der Reichsschatzsekretär tritt vom ressortpatriotischen Standpunkte aus naturgemäß für jede Vermehrung der Einnahmen ein. Alle übrigen Herren drücken sich zurückhaltender aus. Auch der bayerische Verkehrsminister hat neulich gesagt, daß die Fahrkartensteuer ihm eigentlich sehr unsympathisch sei, aber man müsse sich vor höheren Zwecken beugen. Der höhere Zweck ist aber nur: Wir wollen mehr Geld haben. (Sehr richtig! links.) Da heißt es nur: Non olet! (Zustimmung links.) Wir sind der Meinung, daß die allgemeinen Gesichtspunkte des Verkehrs nicht außer acht gelassen werden dürfen. Der Abg. Patzig findet, daß die Lage unserer Reichspostverwaltung in finanzieller Beziehung sehr bedrohlich ist. Der Abg. Patzig verkennt das Wesen eines großen Geschäftsbetriebes. Wenn das Gesamtunternehmen einen Gewinn abwirft, so kann sehr wohl die Frage entstehen, ob nicht in einzelnen Zweige der Preis etwas herabgesetzt werden kann, um neue Kunden zu erhalten. (Sehr richtig! links.) Der Unterstaatssekretär hat uns nicht ziffernmäßig nachweisen können, daß der Ortsverkehr einen Verlust für die Verwaltung gebracht hat. Wenn der Abg. Graf Kanitz sagte, der Briefträger laufe sich wegen einer 2 Pfennigkarte die Stiefelsohlen ab, so scheint er zu meinen, daß er immer nur eine Karte austrägt (Heiterkeit.) Das trifft doch nicht zu. Selbst die Gründe, aus denen man sonst immer zum Kampf gegen die Berliner Pfeffersäcke aufruft, treffen hier nicht zu. „In Berlin wohnen ja die reichen Leute." Ja, aber der billige Ortstarif kommt vielen kleinen Städten und ihrer Umgebung zugute. Und nicht die reichen Leute benutzen so sehr die Zweipfennigkarten, die haben ihr Telephon (Sehr wahr! links), sondern der kleine Mann. — Der andere Redner der Rechten, der Abg. Patzig (Sehr gut! links), hat gar nichts mehr davon gewußt, daß die Post ein Institut zur Verkehrserleichterung und Kulturförderung ist; aus seinem Munde sprach der Geist der Thurn und Taxis, daß die Post ein nutzbares Instrument sei. (Vielfaches Sehr wahr! und Heiterkeit links.) Man hat die Frage aufgeworfen, wie die großen Städte dazu kämen, ein Geschenk von der Post für sich zu beanspruchen. Aber in den großen Städten haben zuerst die Privatposten gezeigt, wie man mit sehr billigen Portosätzen gleichwohl ein gutes Geschäft machen kann. Die jetzige Heraufsetzung des Ortsportos beweist aber wieder einmal, daß die Verstaatlichung immer ihre zwei Seiten hat. (Sehr wahr! auf der linken Seite). Man beseitigt die Konkurrenz natürlich mit den besten Vorsätzen, denn wer wird dem Reich, namentlich nach den schönen Erklärungen des Herrn v. Podbielski, damals etwas Böses zugetraut haben. (Sehr wahr! links.) Und jetzt kommen auf einmal die Rücksichten auf die Lage der Reichsfinanzen und die Heraufschraubung der Portosätze. Der Abg. Büsing hat hier im Reichstag einmal ausgeführt, wie die Freude am Reich allmählich schwinde. Aber es hat auch niemand bei der Reichsgründung geglaubt, daß ein Reichstag die Reichsregierung zur Erhöhung der Portosätze zur Erschwerung des Verkehrs auffordern, und diese dazeinwilligen werde. (Vielfaches Sehr wahr! links.) Ich habe die Hoffnung, daß Sie sich doch noch einmal überlegen werden, ob Sie diesen Schritt tun wollen, zumal ja auch in der Zigarettensteuer alle Tage noch gänzlich neue Vorschläge auftauchen. Der Abg. Patzig hat sich auf die Mehrheit des deutschen Volkes berufen, und wenn Sie etwa mit Hilfe eines Referendums die Erhöhung des Ortsportos zum Gegenstand einer Volksabstimmung machen würden — über das Resultat dieser Abstimmung wäre ich vollkommen beruhigt. (Sehr gut! links.) Deshalb bitte ich Sie, die Resolution der Kommission wie den Antrag Arendt abzulehnen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. **Kämpf** (fr. Vp.)

In der bisherigen Diskussion sind nicht nur alle in der Resolution enthaltenen Punkte berührt worden, sondern auch die Frage, wieweit die Posteinnahmen dazu in der Post investierte Kapital verzinsen. Wenn ich den Abg. Patzig richtig verstanden habe, so ist seine Ansicht die, daß die Verzinsung nur in geringem Maße stattfindet. Heute hat er keine Zahl angegeben, bei einer früheren Gelegenheit aber hat er die Verzinsung auf 4½ Prozent berechnet. Dagegen hat der Reichspostsekretär Kräfte die Zinsrate für das Jahr 1905 als eine sehr gute bezeichnet. Es ist ja sehr verschieden, wie man das Anlagekapital berechnet. Wenn Sie alle Anlagen, die die Post je gemacht hat, zusammenzählen, so muß die Zinsrate naturgemäß gering ausfallen. Aber von den 650 bis 700 Millionen Mark, die in den Postanlagen stecken, sind nur 270 durch Anleihen aufgebracht. Die verbleibenden 430 Millionen dagegen sind aus früheren Ueberschüssen der Postverwaltung selbst bezahlt. (Hört, hört! links.) Das ist ein ganz großartiges Resultat, denn nur die 270 Millionen dürfen Sie bei der Berechnung der Zinsen zugrunde legen. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich befinde mich mit dem Herrn Unterstaatssekretär in Uebereinstimmung, wenn dieser es für unstatthaft erklärt hat, die Verzinsung der einzelnen Verkehrszweige der Post für sich berechnen zu wollen. Die Post ist kein Finanzinstitut, sondern hat die Aufgabe, Handel, Verkehr und Industrie zu fördern. Wenn sie wirklich in einem Zweige zusetzt, so erwirbt sie sich dadurch ein Verdienst um die Allgemeinheit und deckt den Ausfall durch Mehreinnahmen auf anderen Gebieten. Der Abg. Patzig hat behauptet, ein Privatinstitut würde sehr genau dafür sorgen, daß jeder einzelne Zweig rentabel ist. Das bestreite ich ganz und gar; es ist an der Tagesordnung, daß große Unternehmungen auf einzelnen Gebieten zusetzen, daß sie diese Geschäftszweige nur der Reklame und des Renommees wegen fortsetzen und den Ausfall durch anderweitige Mehreinnahmen decken. Wäre der verstorbene Führer der nationalliberalen Parteien Hammacher noch am Leben, er würde sich wundern über die verkehrsfeindliche Resolution, die auch die Unterstützung der Nationalliberalen findet. (Stürmischer Beifall links, Lachen rechts.) Der Unterstaatssekretär hatte durchaus keinen Grund, die Ausführungen meines Fraktionskollegen Merten über die für die Post günstigen Wirkungen der Reklamebeilagen mit dem Worte von der Schneeballkollekte zu bekämpfen. Denn in der Tat nimmt die Post, wenn es auf Grund der Reklamebeilagen zu einer Bestellung kommt, ja durchaus nicht nur die fünfzig Pfennig aus dem Postpaket ein, sondern es erfolgt dann die Empfangsbestätigung, es erfolgt die Geldsendung oder eine Nachnahme. Ich befinde mich mit dem Abg. Dr. Arendt in Uebereinstimmung, wenn er es nicht für richtig hält, hier Land und Stadt gegeneinander auszuspielen. Ich muß aber bemerken, daß es der Graf Kanitz war, der mit dieser Ausspielung begonnen hat. (Sehr richtig! links.) Wenn Sie aber